

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
1. Tagung des 8. Landesparteitages
19. März 2022, Stadthalle Rostock

Beschluss

Den Krieg in der Ukraine sofort beenden - Humanitäre Hilfe leisten

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern verurteilt den von Putin befohlenen, durch nichts zu rechtfertigenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfhandlungen, einen Rückzug der russischen Truppen auf russisches Staatsgebiet, sowie eine Rückkehr an den Verhandlungstisch, um diesen Konflikt unter Wahrung der Souveränität der Ukraine diplomatisch zu lösen.

Unsere tiefe Anteilnahme und Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die von Krieg, Tod, Zerstörung und Vertreibung betroffen sind, sowie den ukrainischen Menschen hier und in anderen Ländern, die sich große Sorgen um ihre Familien und Freunde in ihrer Heimat machen müssen.

Wir zeigen uns weiterhin mit all jenen demokratischen Kräften, auch in Russland, solidarisch, die für ein Ende des Krieges demonstrieren und sich friedlich dafür engagieren.

Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern sollen in all ihren Bemühungen den Fokus auf humanitäre Hilfen legen. Das beinhaltet vor allem die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten.

Die Politik der Aufrüstung und der Abschreckung lehnen wir entschieden ab. Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung der Bundeswehr, Debatten zur Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie die Absicht das Grundgesetz für das sogenannte 2 Prozent Ziel ändern zu wollen, lehnen wir ab. Diese beschleunigte Aufrüstung wird weder in der akuten Situation zur Lösung des Konfliktes beitragen, noch wird es zukünftige Konflikte unterbinden. Eine Rückkehr zum hochgerüsteten „Gleichgewichts des Schreckens“ des Kalten Krieges darf es nicht geben, stattdessen fordern wir eine konsequente Abrüstung aller Staaten. Wir sehen in dem Investitionsprogramm weiterhin die Gefahr eines Ausbaus der Bundeswehr zur Interventionsarmee. Stattdessen fordern wir die Rückbesinnung auf den grundgesetzlichen Auftrag der Bundeswehr zur Landesverteidigung. In der akuten Lage sind Sanktionen gegen Putin, die ihn unterstützenden Oligarchen sowie die russische Militärindustrie unabdingbar.

Eine Folge des Krieges und der Wirtschaftssanktionen sind explodierende Energie- und Lebensmittelpreise, die Verknappung einiger Handelsgüter und eine weiter ansteigende Inflation. Wir fordern Bund und Länder auf, weitere ad-hoc Maßnahmen zu ergreifen, diese Härten sozial abzufedern. Es darf nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für diesen Konflikt zahlen oder gar in Existenznöte geraten. Hierbei sind auch Mechanismen zur Umverteilung, etwa Vermögensabgaben und Übergewinn-Abschöpfungen, zu prüfen.

Der Parteitag stellt fest, dass die Abhängigkeit fossiler Brennstoffe zu überwinden ist. Hierfür ist der sozial-ökologische Umbau und das Ziel der einhundertprozentigen Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien zu forcieren. Ein energiepolitisches Rollback, zurück zu Kohle und Atomkraft, lehnen wir ab. Die Abhängigkeit von russischem Gas darf nicht durch andere Abhängigkeiten ersetzt werden.

Eine dauerhafte wirtschaftliche und politische Isolation Russlands lehnen wir ab. Die Europäische Union als jahrzehntelanges Friedensprojekt fußt auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten.

Auch wenn dieser Ansatz in der konkreten Situation als gescheitert betrachtet werden muss, ist diese Politik dem Grunde nach richtig und auch in Zukunft wird man wieder Beziehungen und Gesprächskanäle nach Russland eröffnen müssen. Eine dauerhafte Isolation schürt weitere Ressentiments und birgt den Keim zukünftiger Konflikte in sich.

Wir beobachten mit großer Sorge ein wachsendes, antirussisches Ressentiment und rassistisch motivierte Übergriffe gegen russischsprachige Institutionen und Personen. Ihnen gilt unsere Solidarität. Diese Menschen können nichts für den Krieg der Putin-Administration. Wir stehen für ein friedliches Miteinander und Verständigung zwischen den Menschen und Bevölkerungsgruppen. Den Hass aus dem Kriegsgebiet dürfen wir nicht hierher importieren. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen für ein solidarisches Miteinander und eine gelungene Integration aller hier lebenden Menschen mit Migrationserfahrungen.